



Jahrbuch Opferperspektive 2004

Jahrbuch Opferperspektive 2004

Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt in Brandenburg

Herausgeberin:

Opferperspektive e.V.

Schloßstraße 1, 14467 Potsdam

Telefon: 0331 8170000

Mobil: 0171 1935669

Telefax: 01212 5 11559889

Email: info@opferperspektive.de

Redaktion:

Jonas Frykman, Opferperspektive e.V.,

Schloßstraße 1, 14467 Potsdam (verantwortlich)

Gestaltung:

Sabine Steinhof <www.rrita.de>

Druck:

agit-druck GmbH

Adalbertstraße 7–8, 10999 Berlin

Diese Publikation ist, Fotos, Grafiken sowie namentlich gekennzeichnete Beiträge ausgenommen, unter einer Creative Commons License lizenziert:

<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/2.0/de>

Die Herausgabe dieser Publikation wurde gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms CIVITAS sowie durch das Ministerium der Justiz und für Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg.



	5	<i>Parteiisch an der Seite der Opfer</i> Geleitwort von Hans-Joachim Lohmann
	6	<i>Wo Erfolge schwer zu sehen sind</i> Editorial
Überblick	7	<i>Ernüchternde Bilanz</i> Rechtsextreme Gewalt in Brandenburg
Schwerpunkte	11	<i>Angriff auf die Existenzgrundlage</i> Rassistische Brandanschläge gegen Imbisse
	14	<i>Unterlassene Hilfeleistung</i> Bleiberecht für Opfer rassistischer Gewalt
	17	<i>Anpassungsdruck</i> Rechtsextreme Gewalt gegen Jugendliche
Hintergrund	20	<i>Nichts ist mehr wie zuvor</i> Psychische Folgen für Opfer rechtsextremer Gewalt
Profil	22	<i>Das Prinzip Opferperspektive</i> Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt
	25	<i>Neue Ideen gegen rechtsextreme Gewalt</i> Projekte der Opferperspektive
Finanzen	28	<i>Ermutigende Unterstützung</i> Finanzbericht 2003
	31	<i>Zeichen der Solidarität</i> Wie Sie helfen können

Liebe Leserin, lieber Leser,

alles im Leben kann aus vielen Perspektiven betrachtet werden. Aber ist es notwendig, sich immer wieder zu vergewissern, ob man nicht Sichtweisen übersehen und vielleicht nicht die „ganze Wahrheit“ erfasst hat.

Die Opferperspektive stellt sich bewusst parteiisch auf eine Seite, auf die der Opfer. Die Situation der Opfer steht selten im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Häufig haben wir schon Schwierigkeiten, noch Worte der Betroffenheit zu finden, die ehrlich klingen und nicht nur in einem üblichen Ritual enden. Manchmal entsteht der Eindruck, wir hätten uns an rassistische Übergriffe, Beleidigungen und Demütigungen in Brandenburg gewöhnt und nähmen sie statistisch zur Kenntnis, wie Verkehrsunfälle auf unseren Straßen. Um Statistik wird gestritten. Wann ist ein Überfall rassistisch motiviert? War es doch nur ein „normaler“ Raubüberfall? Doch ein solcher Streit führt uns nicht weiter und ändert nichts an der Tatsache, dass die Ablehnung von Fremden und von Menschen, die nicht in ein gewisses Schema passen, ein Alltagsphänomen ist. Ohnmacht gegenüber der ökonomischen Wirklichkeit und Angst vor der Zukunft scheinen umgemünzt zu werden in Hass gegen alles Fremde. Dieser Hass löst keine Probleme. Er vergiftet das Klima in unserem Land.

In allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens sind dagegen in den letzten Jahren erhebliche Anstrengungen gemacht worden, um die Geisteshaltung, die letztendlich zu menschenverachtenden Angriffen führt, zurückzudrängen. Das Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit leistet dazu einen Beitrag, indem seine Mitglieder versuchen, potenzielle Täter auf andere Wege zu leiten, zur Zivilcourage zu motivieren, demokratische Lebensformen zu praktizieren und Opfern zu helfen. Zu unseren Mitgliedern gehört die Opferperspektive, parteiisch an der Seite der Opfer.



Heinz-Joachim Lohmann

*Superintendent und Vorsitzender des Aktionsbündnisses gegen Gewalt,
Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit*

Wo Erfolge schwer zu sehen sind

In den vergangenen Wochen haben sich in Brandenburg rechte Gewalttaten ereignet, deren Brutalität kaum in Worte zu fassen ist. Ein Obdachloser wurde angezündet, als er auf einer Parkbank schlief. Ein junger Mann wurde entführt, gefoltert, vergewaltigt. Sie haben überlebt, sie werden für ihr Leben gezeichnet sein.

Die bittere Wahrheit ist, dass die rechtsextreme Gewalt nicht zurückgedrängt werden konnte. Angesichts dieser ernüchternden Bilanz fällt es schwer, die vielfältigen Anstrengungen – eigene wie gesellschaftliche – positiv zu würdigen. Und doch gibt es keinen Grund, sie zu schmälern. Der Aufbau einer Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt ist ein richtiger, unverzichtbarer Schritt.

Wo Erfolge so schwer zu sehen sind, liegt es nahe, sich und anderen zu versichern, dass man zumindest das Mögliche getan hat. Aber wird tatsächlich das getan, was möglich ist, wenn BesitzerInnen von Dönerbuden nach Brandanschlägen unter der Last der Kosten zusammenbrechen? Wenn Flüchtlinge, die mit den Worten „Verschwinde aus unserem Land!“ niedergeschlagen wurden, abgeschoben werden?

Vor wenigen Tagen wurde ein Asylbewerber in Brandenburg an der Havel in den Hals gestochen. Zwei Frauen fielen den Angreifern mutig in den Arm. Weil solche Hilfe nach wie vor eine Ausnahme ist, wurden sie von PolitikerInnen mit einer Auszeichnung bedacht. Mit der gleichen Berechtigung sollten PolitikerInnen ausgezeichnet werden, die den Mut aufbringen, die harte Lebenswirklichkeit der Opfer zu erleichtern. Dass auch dies nötig und möglich ist, davon können Sie sich in diesem Jahrbuch ein Bild machen.

Um die rechtsextreme Gewalt zurückzudrängen, wird man einen langen Atem brauchen. Wir wollen den Opfern weiterhin die bestmögliche Hilfe anbieten, ihre Interessen vertreten und neue Ideen in die Tat umsetzen. All jenen, die uns durch ihr Engagement, ihr Vertrauen und ihre Spenden dabei unterstützen, danken wir.

Im Juli 2004, Opferperspektive e.V.

Rechtsextreme Gewalt in Brandenburg

Die Zahl rechtsextremer Straf- und Gewalttaten im Land Brandenburg ist anhaltend hoch. Im Jahr 2003 waren mindestens 155 Menschen betroffen, vor allem Flüchtlinge und Jugendliche. Erschreckend ist, dass viele der Betroffenen bereits in der Vergangenheit Opfer rechtsextremer Gewalt geworden waren. Nach wie vor werden zahlreiche rechtsextreme Gewalttaten auf Bahnhöfen und in öffentlichen Verkehrsmitteln verübt. Besonders besorgniserregend ist die Zunahme von rassistischen Brandanschlägen auf Imbisse.

Ernüchternde Bilanz



Wie hat sich die rechtsextreme Gewalt in Brandenburg entwickelt?

Die Zahl rechtsextremer Angriffe ist seit Jahren konstant hoch. 2003 hatten wir keine Todesopfer in Brandenburg, aber es gab mehrere Angriffe mit klarer Tötungsabsicht. Zum Beispiel versuchte ein Rechtsextremist in Hennigsdorf, einen Molotowcocktail in einen Imbiss zu werfen, in dem sich Gäste aufhielten. Die Zahl von Brandanschlägen gegen ausländische Imbisse hat deutlich zugenommen. Das ist eine neue Entwicklung, die uns sehr beunruhigt.

Wie stellen Sie fest, ob eine Gewalttat rechtsextrem ist?

Wir bewerten Gewalttaten als rechtsextrem, wenn sie sich gegen typische Opfergruppen richten, die zum Beispiel auf Grund ihrer Nationalität, Weltanschauung oder sexuellen Orientierung von den Tätern abgelehnt werden. Um einen Angriff einzuordnen, ist unser erster Ansatzpunkt der Eindruck des Opfers. Wenn das Opfer sich grundlos attackiert fühlt, liegt es nahe, dass das Opfer stellvertretend für eine Gruppe wie Punks oder Flüchtlinge angegriffen wurde. Wenn die rechte Einstellung des Täters bekannt ist, ist das noch wahrscheinlicher. Ein klarer Fall ist es, wenn das Opfer mit rechten Sprüchen beschimpft wird.

Wie gehen Sie mit Grenzfällen um?

Ich will das an einem Beispiel erklären: Im März 2003 drang eine Gruppe Rechtsextremisten in eine Wohnung in Frankfurt (Oder) ein, um eine Playstation zu klauen. Sie trafen dort auf einen zufällig anwesenden Punk und quälten ihn zu Tode. Vor Gericht betonten die Angeklagten später, dass sie den Mann nicht töteten, weil er ein Punk war, vielmehr hätten sie in dieser Situation jeden anderen auch umgebracht. Es gab und gibt deutliche Hinweise darauf, dass dies nicht zutrifft. Aber ein rechtes Motiv ließ sich nicht beweisen. Deshalb werteten wir die Tat als Grenzfall und nahmen sie nicht in die Statistik auf. Man muss bei solchen Fällen mit bedenken, dass Angeklagte ihre rechtsextremen Tatmotive oft bestreiten, weil sich diese strafverschärfend auswirken können. Auf der anderen Seite haben Rechte nicht jedes Mal, wenn sie zuschlagen, rechtsextreme Motive. Unsere Beratung und Hilfe für Opfer und Hinterbliebene machen wir aber nicht von der gerichtlichen Bewertung einer Tat abhängig.

Die Opferperspektive registrierte im letzten Jahr 120, die Polizei 87 rechtsextreme Gewalttaten. Wie begründet sich diese Differenz?

An den Erfassungskriterien liegt es jedenfalls nicht. Wir verwenden die Definition politisch motivierter Kriminalität, die auch für die Polizei gültig ist. Beamte haben uns verschiedentlich gesagt, dass sie sich unter Druck fühlen, die Angriffszahlen in ihrem Bereich niedrig zu halten, das spielt sicher eine Rolle. Ein eindeutiger Mangel bei der Polizei ist das nicht funktionierende Nachmeldesystem.

Wenn eine Tat bei der Anzeigenaufnahme nicht als rechtsextrem bewertet wird, sich diese Einordnung aber später durch ein Gerichtsurteil ändert, dann wird das nicht korrigiert. Solche falschen Einstufungen passieren zum Beispiel, wenn das Opfer einer rechtsextremen Gewalttat gleichzeitig auch beraubt wurde. Und es kommt besonders oft vor, wenn die Opfer Punks sind. Es ist aber nicht nur so, dass wir mehr Angriffe erfassen als die Polizei. Umgekehrt registriert die Polizei viele Angriffe, die uns nicht bekannt werden. Dazu kommen noch die Angriffe, die in keiner Statistik auftauchen. Dass wir 2003 keine Angriffe gegen Obdachlose registriert haben, ist mit großer Wahrscheinlichkeit darauf zurückzuführen, dass diese nicht angezeigt wurden.

Warum werden so viele Gewalttaten nicht angezeigt?

Ein Grund ist, dass Punks, Flüchtlinge oder Obdachlose ein allgemeines Misstrauen gegenüber der Polizei haben, das sich zum Teil auf negative Erfahrungen stützt. Dazu kommt, dass viele Betroffene einfach keinen Sinn in der Strafverfolgung sehen. Das Schlimmste ist, dass sich viele damit abgefunden haben, ab und zu geschlagen zu werden.

Kay Wendel ist Mitbegründer der Opferperspektive und Berater für Opfer rechtsextremer Straf- und Gewalttaten.

Rechtsextreme Gewalttaten 2003

Die Opferperspektive registrierte im Jahr 2003 insgesamt 120 rechtsextreme Straf- und Gewalttaten im Land Brandenburg. Im Vorjahr waren es 129 Fälle. 16 Opfer trugen 2003 erhebliche körperliche Verletzungen davon, die zumeist durch Tritte mit Stahlkappenstiefeln und Schläge verursacht wurden. Ein Mann wurde lebensgefährlich verletzt, weil sich eine gebrochene Rippe in die Lunge bohrte. In mindestens zwei weiteren Fällen nahmen die TäterInnen den möglichen Tod der Opfer billigend in Kauf. Sieben Gewalttaten, bei denen die Opferperspektive einen rechtsextremen Hintergrund für möglich hält, wurden nicht gezählt, darunter zwei besonders schwere Körperverletzungen und ein Mord. Die TäterInnen waren jeweils RechtsextremistInnen, eine politische Tatmotivation ließ sich aber nicht hinreichend belegen.

63 rechtsextreme Angriffe waren rassistisch motiviert. Sie richteten sich überwiegend gegen Flüchtlinge und MigrantInnen. In acht Fällen wurden Deutsche – die meisten von ihnen russlanddeutsche AussiedlerInnen – zu Opfern rassistischer Gewalt. 56-mal wurden deutsche StaatsbürgerInnen angegriffen, weil sie von den TäterInnen einer von ihnen abgelehnten sozialen Gruppe zugeordnet wurden. Betroffen waren meist Jugendliche, die auf Grund von Haartracht und Kleidung als RepräsentantInnen von Jugendkulturen wie HipHop oder Punk attackiert wurden. Eine Gewalttat bewertete die Opferperspektive als antisemitisch. Angriffe gegen Menschen mit Behinderungen, gegen Obdachlose und gegen Homosexuelle wurden nicht bekannt, wobei besonders bei diesen Gruppen davon auszugehen ist, dass Angriffe nicht angezeigt werden.

Den 120 rechtsextremen Straf- und Gewalttaten fielen 155 Menschen zum Opfer, von denen 121 durch die Opferperspektive beraten wurden. 79 % von ihnen waren Männer. Über 50 % der Opfer waren jünger als 21 Jahre, 38 % waren im Alter zwischen 21 und 40 Jahren. Insgesamt sind ein Großteil der Opfer junge Männer, die entweder einer nicht-rechten Jugendkultur angehören oder einen Migrationshintergrund haben.

Aus der Chronologie rechtsextremer Gewalttaten

■ Auf dem Bahnhof in Frankfurt (Oder) wurde am 3. Januar 2003 ein Jordanier von Rechtsextremisten geschlagen. Er war in Berlin in den falschen Zug gestiegen, da er Frankfurt (Main) mit Frankfurt (Oder) verwechselt hatte. Nach der Tat verließ der Student Deutschland.

■ Am 12. Juli wurden ein Rumäne, ein Kroat und ein Niederländer in der Potsdamer Straßenbahn rassistisch beschimpft und geschlagen. Die Täter waren auf dem Heimweg von der „Love Parade“, die Opfer waren NATO-Offiziere in Zivil.

■ In der Cottbusser Straßenbahn wurde am 27. September ein Mann in Begleitung seines neunjährigen Sohnes zusammengeschlagen. Er hatte sich schützend vor ein Paar gestellt, das zuvor rassistisch bedroht worden war.

■ Am 2. Oktober wurden zwei Frauen in der Potsdamer Straßenbahn von einem Mann als „Scheiß-Juden“ beschimpft und geschlagen. Die Opfer – Mitglieder der jüdischen Gemeinde – hatten russisch miteinander gesprochen.

■ Vor dem Bahnhof in Mahlow wurde am 6. Dezember ein Russlanddeutscher von vier Rechtsextremisten bewusstlos geprügelt und anschließend beraubt. Der 27-Jährige wurde lebensgefährlich verletzt, eine gebrochene Rippe bohrte sich in die Lunge.

Rassistische Brandanschläge gegen Imbisse

14 rassistische Gewalttaten gegen ausländische Imbisse und Restaurants registrierte die Opferperspektive im Jahr 2003. Bei fünf der insgesamt zehn Brandanschläge wurden die Lokale völlig niedergebrannt oder stark beschädigt. Dies hatte zum Teil verheerende Folgen für BesitzerInnen und MitarbeiterInnen, denen über Nacht ihre Existenzgrundlage genommen wurde. Die meisten Imbisse waren nicht versichert. Auch auf eine staatliche Entschädigung haben die Opfer in der Regel keinen Anspruch.



Angriff auf die Existenzgrundlage

Asia-Pfannen, Döner-Stände und Euro-Imbisse finden sich heute vor vielen Bahnhöfen und Baumärkten Brandenburgs. Vor allem KurdInnen, TürkInnen und VietnamesInnen versuchen, sich durch ein gastronomisches Gewerbe eine Existenz in der Mark aufzubauen. Allein im vergangenen Jahr wurden 14 dieser Kleinunternehmen Opfer rassistischer Gewalttaten. Im Herbst 2003 zählte die Opferperspektive in drei Monaten acht Anschläge. In den Fällen, in denen TäterInnen ermittelt werden konnten, war Rassismus die zentrale Tatmotivation. In Brandenburg, wo unter 100 Deutschen durchschnittlich nur drei MigrantInnen leben, werden ausländische Imbisse offenbar zum Kristallisationspunkt wahnhafter Überfremdungsängste.

Die wirtschaftliche und soziale Lage der ausländischen KleinunternehmerInnen ist in der Regel derart prekär, dass ein Brandanschlag einer Vernichtung der Existenzgrundlage gleichkommt. Oft haben sich die BetreiberInnen verschuldet, um ihren Stand einzurichten. Außerdem haben vor allem BesitzerInnen frei stehender Imbisse große Schwierigkeiten, sich gegen Anschläge abzusichern. In der Regel bieten ihnen Versicherungen – offenbar auf Grund des besonders hohen Schadensrisikos – nur Policen zu unannehmbaren Konditionen an. Ein weiterer Umstand kann die Konsequenzen eines Anschlags noch verschärfen: Das Aufenthaltsrecht ist in manchen Fällen an den Wirtschaftsbetrieb gekoppelt. Wenn das Gewerbe nicht mehr ausgeübt werden kann, droht den BetreiberInnen und ihren Familien im schlimmsten Fall die Abschiebung.

Angesichts ihrer schutzlosen Lage ist es nur zu verständlich, wenn ImbissbetreiberInnen vieles in Kauf nehmen, um ihr Geschäft weiterzuführen. Vielerorts sind

sie und ihre MitarbeiterInnen mit einer rassistischen Grundstimmung konfrontiert. Nicht selten gehören potenzielle TäterInnen – das lokale rechtsextreme Milieu – zur Stammkundschaft. Die ImbissbetreiberInnen wissen, dass sie durch ihre Immobilität einfache Angriffsziele abgeben. Es ist daher nicht erstaunlich, dass sie Bedrohungen und Gewalttätigkeiten unterhalb der Schwelle eines massiven Angriffs häufig als durch Alkohol bedingte „Ausrutscher“ verharmlosen.

Wie können die Imbisse geschützt und die prekäre Lage der BetreiberInnen verbessert werden? Die Polizei hat nach eigenen Angaben ihre Streifen­tätigkeit verstärkt und konnte zahlreiche TäterInnen festnehmen. Es ist aber weder möglich noch wünschenswert, neben jeden Imbiss einen Polizisten zu stellen. Da weitere Anschläge nicht ausgeschlossen werden können, müssen zumindest die negativen Auswirkungen auf die Opfer gemindert werden. Die vielschichtigen rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme sowie die hohen Kosten übersteigen die Möglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements bei weitem: Es muss gewährleistet werden, dass ImbissbetreiberInnen sich adäquat versichern und Hilfen zur Existenzgründung in Anspruch nehmen können. Es darf nicht sein, dass sie nach einem Anschlag das Aufenthaltsrecht verlieren, wie dies in der Vergangenheit bereits geschehen ist. Die Betroffenen brauchen Sicherheit, Förderung und Beratung, die ihnen einen Neuanfang ermöglichen.

Der Staat, die Wirtschaft, die Verbände und Beratungsstellen können und müssen dafür Sorge tragen, dass MigrantInnen sich in Brandenburg eine Existenz aufbauen und ohne Angst am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Nur noch ein verkohlter Schutthaufen

Brandanschläge auf ausländische Imbisse

■ Ein Döner-Stand in Rheinsberg wurde 2003 drei Mal angezündet. Nach einem Anschlag im August wurden zwei rechtsextreme Jugendliche festgenommen; einer der Täter wurde zu vier Wochen Jugendarrest verurteilt, das zweite Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

■ Am 3. September versuchte ein Rechtsextremist, einen Molotowcocktail in ein türkisches Bistro in Hennigsdorf zu schleudern, in dem sich sieben Personen aufhielten. Ein Mitarbeiter konnte die Tür zuhalten, die Brandflasche zerschellte an der Fensterfront. Der Täter wurde zu sieben Jahren Haft wegen versuchten Mordes verurteilt.

■ Am 27. November wurde ein vietnamesischer Imbisswagen in Wusterhausen angesteckt und brannte vollständig aus. Die TäterInnen wurden nicht gefasst.

■ In der Nacht zum 14. Dezember 2003 wurde ein Imbisswagen am Marktplatz von Brieselang durch einen Brandanschlag verwüstet. Im Juli 2004 nahm die Polizei sieben Rechtsextremisten fest. Die Gruppe wird verdächtigt, für insgesamt neun Brandanschläge auf Imbisse verantwortlich zu sein.

Seit fünf Jahren betreibt Vu Van Khao im Gewerbegebiet von Pritzwalk einen Imbiss. Der Vietnamese, der als Vertragsarbeiter in die DDR gekommen war, arbeitete hart, um sich und seiner Familie eine Perspektive in Deutschland zu ermöglichen. Am Morgen des 8. November 2003 war von seinem Imbiss nur noch ein verkohlter Schutthaufen übrig. Vier Rechtsextremisten hatten den Wagen in der Nacht angesteckt und ihre Tat anschließend mit „Sieg-Heil“-Rufen gefeiert. Im Mai 2004 wurden drei Brandstifter zu Haftstrafen bis zu dreieinhalb Jahren verurteilt. Eine Frau, die das Benzin über dem Imbiss ausgegossen hatte, kam mit einer Bewährungsstrafe davon. Aber ob Vu Van Khao jemals Schadensersatz erhalten wird, bleibt ungewiss. Erst wenn das Urteil rechtskräftig ist, kann das Anschlagopfer eine Zivilklage anstrengen, deren Ausgang nicht zuletzt von der Zahlungsfähigkeit der TäterInnen abhängt. Auf eine staatliche Entschädigung als Gewaltopfer kann sich der Vietnamese wenig Hoffnung machen, da er keine gesundheitlichen Schäden erlitten hat. Zu alledem war sein Imbiss nicht versichert. Vu Van Khao hatte bei mehreren Versicherungen angefragt, aber keine der Gesellschaften wollte ihm eine Police anbieten. Dazu kam noch, dass er die Kosten für die Beseitigung der Brandschäden tragen musste.

Vu Van Khao stand nach dem Anschlag vor dem Nichts. Mit dem Mut der Verzweiflung fing er wieder von vorne an. Nur durch seine Hartnäckigkeit und mit Hilfe von BürgerInnen und der Gemeinde von Pritzwalk, vielen SpenderInnen sowie des Weißen Rings und der Opferperspektive gelang es Vu Van Khao, bereits Ende 2003 einen neuen Imbiss zu eröffnen. Das birgt auch eine bittere Erkenntnis: Betroffene, die nicht so standhaft sind und denen nicht diese Solidarität zuteil wird, haben kaum eine Chance.

Bleiberecht für Opfer rassistischer Gewalt

Flüchtlinge gehören zu den Hauptbetroffenen rechtsextremer Gewalt. Sie haben es besonders schwer, Gewalterfahrungen zu verarbeiten. Oftmals besteht die Lebensrealität, in die sie nach einem Angriff zurückfinden könnten, in einer deprimierenden Existenz am Rande der Gesellschaft. Die Opfer wissen, dass die rassistischen SchlägerInnen sie aus Deutschland vertreiben wollen. Wenn sie vom Staat aus dem Land geschafft werden, ist dies das falsche Signal – auch an die TäterInnen.

Unterlassene Hilfeleistung

In Brandenburg leben etwa 8.500 Flüchtlinge unter 2,9 Millionen Deutschen. Dadurch, dass immer weniger Flüchtlinge nach Deutschland gelangen, gibt es in manchen Regionen Brandenburgs kaum noch MigrantInnen, an denen die RechtsextremistInnen ihren Hass auslassen können. Die Fälle, in denen Flüchtlinge bereits mehrfach angegriffen wurden, häufen sich. Mindestens 65 Flüchtlinge und MigrantInnen wurden 2003 in Brandenburg Opfer rassistischer Gewalt.

Opfer schwerer Gewalttaten leiden oft unter Angstzuständen, Schlafstörungen und Depressionen. Gelingt es nicht, diese psychischen Verletzungen zu überwinden, kann nur eine Therapie helfen – stabile Lebensverhältnisse, soziale Bindungen und Zukunftsperspektiven vorausgesetzt. Flüchtlinge haben es da besonders schwer. Als AsylbewerberInnen sind sie zu einem Dasein außerhalb der Gesellschaft verurteilt. Durch die strengen Gesetze bedingt, wird ein Großteil der Asylanträge abgelehnt. Viele werden danach nur „geduldet“, bis sie abgeschoben werden können. In abgelegenen Heimen untergebracht, dürfen sie weder arbeiten noch haben sie Anspruch auf reguläre Sozialhilfe. Sie dürfen den ihnen zugewiesenen Wohnort nicht verlassen und können Begegnungen mit den TäterInnen kaum vermeiden. Die Entschädigung, die Gewaltopfern zusteht, wird ihnen verweigert, weil sie keine Aufenthaltsbefugnis haben. Viele Opfer erleben die rassistische Gewalt als Fortsetzung der Ausgrenzung, die ihre Lebensverhältnisse und Zukunftsperspektiven prägt.

Psychische Erkrankungen von Opfern rassistischer Gewalt werden von Ausländerbehörden häufig bestritten, wenn diese einer Abschiebung im Weg stehen. Fachärztliche Diagnosen werden von SachbearbeiterInnen, die meist über keinerlei psychologische oder medizinische Kenntnisse verfügen, als Gefälligkeitsgutachten gewertet. Auch für Verwaltungsgerichte, die Schutz gegen Behördenwillkür bieten sollen, wiegt das staatliche Interesse an Abschiebung oft schwerer als das Recht des Opfers auf körperliche Unversehrtheit. So war für das Berliner Verwaltungsgericht im Fall eines Flüchtlings, der seit einem rechtsextremen Angriff in Brandenburg depressiv und suizidgefährdet ist, „nicht erkennbar, warum diesbezüglich eine weitere ärztliche Behandlung im Bundesgebiet notwendig ist, zumal als Genese der posttraumatischen Belastungsstörung ein Überfall durch Rechtsradikale in Deutschland geschildert wird und deshalb der Umstand weiteren Verbleibens gerade hier der Therapie nicht förderlich sein dürfte.“

Gerade weil Flüchtlinge ihre Rechte kaum geltend machen können, will die Ausländerbeauftragte dem Innenministerium eine Härtefallkommission zur Seite stellen. Aber der Innenminister will das nicht. Alles werde nach geltendem Recht gehandhabt, betont er.

Es ist möglich, Opfer rassistischer Gewalt die volle Härte des Gesetzes spüren zu lassen. Es ist aber nicht vorgeschrieben. Einige Landkreise haben durch die Unterbringung in Wohnungen und die Auszahlung von Sozialhilfe Diskriminierungen von Flüchtlingen aufgehoben. Die Landesregierung könnte, wenn sie wollte, den Opfern rassistischer Gewalt ein Bleiberecht gewähren. Die Opfer wissen, dass die TäterInnen sie aus Deutschland vertreiben wollen. Dass sie dann vom Staat aus dem Land geschafft werden, ist das falsche Signal, auch an die TäterInnen. Wer diese Politik aufrechterhält, kann nicht für sich in Anspruch nehmen, in der Bekämpfung des Rechtsextremismus das Mögliche getan zu haben.

„Geh zurück in dein Land!“

Am 23. Dezember 2002 war Orabi Mamavi für die Stadt Rathenow im Einsatz: in der Schneeräumung, Stundenlohn ein Euro. „Geh zurück in dein Land!“, brüllte ihn ein Mann auf der Straße an und schlug den 41-Jährigen ins Gesicht. Orabi Mamavi erlitt eine Augenverletzung. Bereits 1997 war der Asylbewerber aus Togo Opfer einer rassistischen Gewalttat geworden. RechtsextremistInnen hatten ihn vor einer Diskothek zusammengeschlagen und durch die Stadt gejagt. Er rettete sich ins Asylbewerberheim, das er danach nur noch selten verließ. Orabi Mamavi leidet unter Depressionen und Alpträumen, eine Therapeutin diagnostizierte schwere Angstzustände.

Die Ausländerbehörde Havelland will Orabi Mamavi, der seit zehn Jahren in Deutschland lebt, abschieben. Im Mai 2003 verhinderte nur eine Mahnwache des Kirchenkreises, dass der Bundesgrenzschutz ihn und sieben weitere AsylbewerberInnen abholte. Daraufhin wurde die Abschiebung auf den 23. Juli festgesetzt – genau ein Tag, bevor Orabi Mamavi vor Gericht gegen den Rechtsextremisten aussagen sollte, der ihn überfallen hatte. Die Opferperspektive erreichte mit einer Petition an den Landtag einen Aufschub der Abschiebung, der Schläger wurde verurteilt. Hunderte BürgerInnen appellierten daraufhin an Innenminister Jörg Schönbohm, dem Opfer rassistischer Gewalt ein dauerhaftes Bleiberecht zu gewähren – vergeblich. Erst drei Tage vor dem nächsten Abschiebetermin befand das Verwaltungsgericht, dass Orabi Mamavi bis zum Abschluss seines Asylfolgeverfahrens geduldet wird.

Weiterhin blickt der Asylbewerber in ein ungewisse Zukunft. Die Europäische Union klagte Togo in einem Bericht vom April 2004 an, RegimegegnerInnen durch außergerichtliche Hinrichtungen und Folter aus dem Weg zu räumen. Pro Asyl fordert deshalb einen Abschiebestopp. Die Ausländerbehörde kümmert das nicht: Zur Vorbereitung der Abschiebung übersandte sie der togolesischen Botschaft den Mitgliedsausweis einer Oppositionspartei, den Orabi Mamavi seinem Antrag auf Schutz vor politischer Verfolgung beigelegt hatte.

Opfer rassistischer Gewalt

■ Ein Mann aus Sierra Leone wurde am 16. April 2003 auf dem S-Bahnhof Potsdam-Babelsberg eine Treppe hinuntergestoßen. Keiner der zahlreichen Fahrgäste half dem mit einer ausgekugelten Schulter am Boden liegenden Asylbewerber. Bei einem rassistischen Überfall ein Jahr zuvor war der 26-Jährige bereits schwer verletzt worden.

■ Ein weiterer Asylbewerber aus Sierra Leone wurde am 24. April von zwei Männern in Schwedt angegriffen. Der 23-Jährige wurde geschlagen und getreten, der Hund der Angreifer biss ihm in den Fuß.

■ Am 1. Mai wurde ein irakischer Flüchtling in einer Diskothek in Frankfurt (Oder) angegriffen. Durch Schläge mit einem schweren Aschenbecher erlitt er gravierende Kopfverletzungen.

■ In Teltow hetzte ein Rechtsextremist am 30. Mai seinen Hund auf einen Asylbewerber, der auf einer Bank saß. Durch einen Biss in die Hüfte wurde dem iranischen Mann eine stark blutende Wunde zugefügt.

■ Am 8. Oktober wurde ein Asylbewerber aus Kamerun von drei Rechtsextremisten rassistisch beschimpft und geschlagen. Eine junge Frau bespuckte den verletzten Mann anschließend.

Rechtsextreme Gewalt gegen Jugendliche

Über die Hälfte aller Opfer rechtsextremer Gewalt in Brandenburg sind Jugendliche. Es sind Punks, HipHopper, Skater. Sie werden angegriffen, weil sie sich der rechtsorientierten Jugendkultur nicht anpassen wollen. Im Jahr 2003 waren in Brandenburg nach Zählung der Opferperspektive 73 Jugendliche betroffen. Einige besonders brutale Fälle wurden der Öffentlichkeit bekannt. Der Druck, der auf Jugendlichen lastet, die täglich mit rechten Cliques konfrontiert sind, bleibt jedoch unbeachtet.

Anpassungsdruck

Jugendliche deutscher Staatsangehörigkeit sind in Brandenburg ebenso häufig von rechtsextremer Gewalt betroffen wie MigrantInnen. Sie werden in der Regel angegriffen, weil sie sich durch ihr Erscheinungsbild bewusst von der rechtsorientierten Jugendkultur absetzen. Anders als viele MigrantInnen entsprechen Punks und HipHopper nicht der gesellschaftlichen Idealvorstellung des „unschuldigen Opfers“. Medien, Institutionen und selbst engagierte BürgerInnen tun sich schwer mit ihrem antibürgerlichen Auftreten. Wenn unangepasste Jugendliche von RechtsextremistInnen attackiert werden, wird ihnen – offen oder unterschwellig – unterstellt, sie hätten Ärger gesucht. Irokesenschnitt und Rastafrisur werden ihnen als Provokation ausgelegt, die zur Gewalt erst ermutigt. Es kommt vor, dass PolizeibeamtInnen Opfer, die eine Anzeige stellen wollen, wie Verdächtige behandeln. Auch manche Eltern belasten ihre Kinder mit Schuldzuweisungen, anstatt sie zu unterstützen. Im Ergebnis wird die Gewalt verharmlost; schlimmstenfalls wird der Anpassungsdruck dominanter rechter Cliquen noch verstärkt.

Das Ausmaß der Gewalt wird auch deshalb unterschätzt, weil viele Angriffe nicht zur Anzeige kommen. Viele Jugendliche glauben, dass Anzeigen „nichts bringen“. In manchen Jugendszenen herrscht ein allgemeines Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen, das durch einzelne negative Erfahrungen gespeist wird. Dazu kommt, dass vor allem in kleinen Gemeinden die Opfer den TäterInnen nicht aus dem Weg gehen können und deshalb Racheakte fürchten.

In den Kommunen werden Punks, HipHopper und Skater selten als gesellschaftliche Alternative zur rechten Jugendkultur gesehen, eher als zusätzliche Herausfor-

derung für die Sozialarbeit. Für Treffpunkte fehlt es nicht nur an Geld, oft auch an Verständnis. So müssen sich Jugendgruppen auf Plätzen und in Parks treffen, wo sie leichte Opfer abgeben. Erfahrungen in Kommunen mit einer großen rechtsorientierten Jugendszene zeigen aber, dass Bündnisse gegen Rechts wenig bewegen können, wenn sie sich nicht auf eine nicht-rechte Jugendkultur mit eigenen Strukturen stützen können.

Viele Punks und HipHopper sind tendenziell linksorientiert, von Auseinandersetzungen zwischen rechten und linken Jugendlichen zu sprechen, geht aber an der Sache vorbei. Die meisten der von der Opferperspektive beratenen Jugendlichen charakterisieren sich nicht als Linke und haben sich nur selten politisch betätigt. Die Selbstzuschreibung zu einer Jugendkultur erfolgt vielmehr durch Kleidung, Sprache und Musik. Die rechten Cliquen versuchen mit Gewalt, abweichendes Verhalten zu bestrafen und ihre Vormachtstellung zu festigen. Ihre Opfer bestimmen sie vor allem anhand ihres Erscheinungsbildes. Ein bestimmter Jeansschnitt oder ein Sweatshirt mit Kapuze gelten ihnen als hinreichender Anlass für einen Angriff.

Es verlangt Selbstbewusstsein, sich dem Anpassungsdruck eines rechten Mainstreams in der Schule oder im Jugendclub zu widersetzen. Dass Jugendliche nach Angriffen ihren Wohnort verlassen oder Frisur und Kleidung ändern, ist eine Realität. Manche versuchen auch, sich den rechten Cliquen, die sie geschlagen haben, anzuschließen. Es gibt allerdings auch Beispiele, in denen Gewalttaten zu einer Solidarisierung des Freundeskreises und sozialen Umfeldes führen, die von der Begleitung des Opfers zu Gerichtsprozessen bis zur Gründung von Initiativen gegen rechte Gewalt reichen.

Totschläger und SS-Runen

„Du bist es nicht wert, ein Deutscher zu sein“

■ Am 3. März 2003 beschimpften zwei Rechtsextremisten einen Schüler in Neuruppin als „Scheiß-Zecke“, weil er einen Kapuzenpulli trug. Sie schlugen etwa zehn Minuten auf ihn ein.

■ Am 26. April schlugen drei Rechtsextremisten einen linksorientierten 15-Jährigen in Frankfurt (Oder) mit dem Kopf gegen eine Scheibe. Das Opfer erlitt einen Nasenbeinbruch.

■ Am 20. Juli wurde ein 16-Jähriger in Schwedt von drei Rechtsextremisten mit den Worten „Du bist es nicht wert, ein Deutscher zu sein“ beleidigt. Dann wurde der Jugendliche drei Stunden lang gequält und geschlagen.

■ Ein 16-Jähriger wurde am 8. November auf dem Pritzwalker Marktplatz von RechtsextremistInnen ins Gesicht geschlagen. Der Junge wurde gezwungen, sein Palästina-Sertuch und seinen Rucksack mit der Aufschrift „Nazis raus“ zu verbrennen.

■ Am 30. August wurden sechs Jugendliche in Michendorf von RechtsextremistInnen mit Schlagstöcken überfallen. Vier Jugendliche erlitten schwere Verletzungen.

Ich stand so um zwei Uhr nachts am Bahnhof Rehbrücke und wartete auf meinen Zug. Der Bahnhof war leer“, berichtet der 17-jährige Sascha Roth*. Der Potsdamer wollte am 23. März 2003 zu seiner Ausbildungsstätte fahren, als drei Männer und eine Frau auf den Bahnsteig kamen, die offensichtlich zur rechten Szene gehörten. Sie beschimpften ihn als „Zecke“. „Ich wollte weglaufen, aber einer der Typen verfolgte mich und schlug mir mit einem Totschläger aufs Knie.“ Die Männer fielen über ihn her und schlugen ihn mit der stählernen Waffe auf Hände, Kopf und in den Magen. „Ich will auch mal zutreten“, rief die Frau, die bislang abseits gestanden hatte. Sascha Roth erkannte in ihr eine ehemalige Mitschülerin und sprach sie an. Die AngreiferInnen, offenbar überrascht, ließen ihn zunächst auf dem Bahnsteig liegen. Kurz darauf kam einer der Männer wieder. Er brüllte „Ab mit Dir auf die Gleise!“ und warf den Jungen vom Bahnsteig. Bewegungsunfähig auf dem Schienenstrang liegend, rief Sascha Roth um 2.20 Uhr mit dem Mobiltelefon die Polizei. Kurz bevor die BeamtInnen eintrafen, kam einer der Schläger zurück und half ihm von den Gleisen. Sascha Roth wurde mit einem Rettungswagen ins Krankenhaus gebracht, er hatte Prellungen und einen Nasenbeinbruch erlitten. Die TäterInnen wurden festgenommen.

Der Haupttäter, der auf den Fingerknöcheln SS-Runen tätowiert hat, wurde am 26. Februar 2004 zu sechs Jahren Haft verurteilt. Der zweite Täter kam mit einer Bewährungsstrafe davon, das dritte Verfahren steht noch aus. Sascha Roth trat als Nebenkläger auf. Zahlreiche Jugendliche begleiteten ihn in den Gerichtssaal, so dass die SympathisantInnen der Angeklagten keinen Platz fanden.

Sascha Roth hatte Glück: Der Zug, der am 23. März 2003 fahrplanmäßig um 2.25 Uhr einfahren sollte, hatte Verspätung – „Das hat mir das Leben gerettet“. Jetzt hofft er, dass sich Jugendliche stärker engagieren, um den Rechten zu zeigen, „dass wir ihren Terror nicht dulden.“

* Name von der Redaktion geändert

Nichts ist mehr wie zuvor

Opfer von Gewalttaten stehen nach ihrem traumatischen Erlebnis meist zunächst unter Schock. Sie entwickeln ein Gefühl von Betäubung, reagieren mit Unruhezuständen, Überaktivität und vegetativen Zeichen panischer Angst. Sind diese Symptome einer akuten Belastungsreaktion nach drei Tagen nicht abgeklungen, kann es zur Ausbildung einer posttraumatischen Belastungsstörung kommen. Ob sich eine posttraumatische Belastungsstörung entwickelt, wird von verschiedenen Faktoren – traumaabhängige, aber auch persönliche und soziale Faktoren – beeinflusst, die den Heilungsprozess fördern oder behindern können. Dabei kann vor allen Dingen die Bedeutung der sozialen Unterstützung zur Vermeidung einer posttraumatischen Belastungsstörung nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die typischen Merkmale einer posttraumatischen Belastungsstörung sind das ständige Wiederkehren der traumatischen Erinnerungen in Bildern und Träumen, ein andauerndes Gefühl von Benommenheit, die Vermeidung von Situationen, die eine Konfrontation mit dem Erlebten darstellen, sowie Perioden von Depressivität, die sich mit Angst- und Panikattacken abwechseln.

Wann sprechen wir von einem Trauma? Das Wort kommt aus dem Griechischen und bedeutet Wunde. Ein Trauma ist eine körperliche und/oder seelische Verletzung durch Gewalteinwirkung, die außerhalb des nor-

malen Erfahrungsspektrums eines Menschen liegt, so dass keine gewohnten Verarbeitungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Eine seelische Wunde meint hier einen heftigen Schock, einen tiefen Einbruch in das gewohnte Lebensgefüge. Nichts ist mehr wie zuvor. Traumatische Erfahrungen gehen einher mit Gefühlen von Bedrohung, Angst, totaler Ohnmacht und Hilflosigkeit. Sie können zu dauerhaften psychischen und somatischen Beschwerden mit schweren sozialen Folgen führen.

Bei Menschen mit traumatischen Vorerfahrungen kann es bei Diskriminierung und einem erneuten Gewalterlebnis zu einer Retraumatisierung kommen; das vorher erlebte Leiden und die dazugehörigen Symptome werden aktiviert. Bei einer Retraumatisierung wird das vorherige Trauma vertieft, dadurch werden früher entstandene Symptome reaktiviert. Sie vermischen sich inhaltlich mit Reaktionen auf das neue Trauma. Gut fundierte Untersuchungen zeigen, dass am stärksten diejenigen betroffen sind, die nicht auf die Unterstützung durch ein soziales Netz zurückgreifen können. Die psychische Beeinträchtigung von Opfern rechtsextremer Gewalt kann durch eine Reihe von Faktoren noch verstärkt werden. Besonders traumatisch werden Angriffe erlebt, bei denen ZuschauerInnen passiv bleiben, den Schauplatz verlassen oder sogar Beifall spenden. Auch eine Nichtanerkennung der langfristigen Leiden traumatisierter Menschen durch die Institutionen der Gesellschaft, Behörden und Gerichte wirken sich nachgewiesenermaßen zusätzlich belastend aus. Sie verstärken bei den Opfern das Gefühl des Verlustes des Vertrauens in die Welt, und dies führt zu langfristigen sozialen Beeinträchtigungen.

Hans Keilson¹ hat in einer international viel beachteten Langzeitstudie über jüdische Waisenkinder nach dem Holocaust nachgewiesen, dass die einem erlittenen Trauma folgende Lebensphase für die Entstehung und Überwindung von psychischen Symptomen von entscheidender Bedeutung ist. Sein Konzept der sequentiellen Traumatisierung ist hilfreich zum Verständnis der Entwicklung von traumatischen Reaktionen nach Erfahrungen von Gewaltverbrechen.

Eine fehlende Anerkennung der Opfererfahrung durch die Gesellschaft, die eine klare Verurteilung des Verbrechens einschließen muss, sowie mangelnde soziale Unterstützung können zu Traumatisierungen in mehreren Sequenzen führen, anhaltende Gefühle von Unsicherheit und Wertlosigkeit hervorrufen sowie den Wiederaufbau einer stabilen und selbstbewussten Identität erschweren.

Wird einem Opfer über einen längeren Zeitraum nicht die Verarbeitung und Integration der erlebten Gewalt ermöglicht, besteht die Gefahr der Chronifizierung, die bis zur Nichtbewältigung des Alltagslebens führen kann. Es kommt dann zu einer andauernden Persönlichkeitsänderung nach Extrembelastung. Die Symptome sind sozialer Rückzug und eine entfremdete, feindliche und misstrauische Haltung gegenüber der Welt, Gefühle der Leere und Hoffnungslosigkeit, chronische Nervosität, ein ständiges Gefühl der Bedrohung. Häufig entwickeln sich im Krankheitsverlauf auch weitere psychische und zum Teil schwere körperliche Erkrankungen, wie Tabletten- und Alkoholmissbrauch, Herz- und Magenenerkrankungen.

Bei einer zeitnahen Unterstützung des Opfers durch Beratungsstellen und psychologische Hilfsangebote sind die Chancen zur Verarbeitung und Integration des Gewalterlebnisses dagegen gut, da noch keine Chronifizierung und Ausbildung von Begleitsymptomatik vorhanden ist. Je länger auf ein Auffangen und Lindern des Leidens durch soziale und rechtliche Beratung sowie psychologisch-psychotherapeutische Hilfe gewartet werden muss, desto größer ist die Gefahr der Ausbildung psychosomatischer Folgeerkrankungen.

Sibylle Rothkegel ist psychologische Psychotherapeutin und verantwortlich für das Berliner Projekt „Niedrigschwellige psychotherapeutische Hilfen für Opfer von rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Gewalt“.

Psychotherapeutische Hilfe

Um Menschen, die zu Opfern rechtsextremer Gewalttaten werden, schnell und unbürokratisch eine psychologische Beratung und psychotherapeutische Behandlung zu ermöglichen, wurde am 1. August 2003 in Berlin ein spezielles Angebot geschaffen. Das Projekt „Niedrigschwellige psychotherapeutische Hilfen für Opfer von rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Gewalt“ wird von der Senatsverwaltung für Gesundheit über den Integrationsbeauftragten in Berlin finanziert und ist beim Deutschen Roten Kreuz angesiedelt. Es richtet sich besonders an Menschen, die sonst keine Behandlung in Anspruch nehmen würden oder nehmen können. Durch fehlende Kostenübernahmen, den Mangel an interkulturell kompetenten TraumaspezialistInnen und den damit verbundenen Wartezeiten ist es für Opfer rechtsextremer Gewalt schwer, eine psychotherapeutische Behandlung zu erhalten. Zu den erschwerten Zugangsbedingungen kommen noch die Schwellenängste und Verständigungsschwierigkeiten der Betroffenen.

Kontakt:

Sibylle Rothkegel
Schaperstraße 20
10719 Berlin
Telefon: 030 88920881
Email: sibrot@yahoo.de

¹ Keilson, Hans: *Sequentielle Traumatisierung bei Kindern*, Stuttgart 1979.

Das Prinzip Opferperspektive

Die Opferperspektive tritt parteiisch an die Seite der Opfer rechtsextremer Gewalt. Nach dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe werden sie durch Beratung und Begleitung dabei unterstützt, aus einer passiven Opferrolle herauszufinden und sich wieder aktiv am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Die Opferperspektive fördert Prozesse gesellschaftlicher Solidarität, die es den Opfern erleichtern, die Gewaltfolgen zu überwinden, und den TäterInnen signalisieren, dass sie geächtet werden.



Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt

Die Opferperspektive wird tätig, wenn Menschen Opfer von rechtsmotivierten Straf- und Gewalttaten werden. Das sind körperliche Gewalt und Nötigung sowie Sachbeschädigungen und Brandstiftungen, wenn sich diese gegen die soziale und wirtschaftliche Existenz eines Menschen richten. Der Ausgangspunkt ist die Interpretation des Angriffs durch das Opfer. Es müssen jedoch weitere Hinweise für eine rechtsextreme Tatmotivation vorliegen.

Recherche

Ein Großteil der Opfer stellt keine Anzeige und sucht nicht selbstständig die Hilfe einer Beratungsstelle. Die Opferperspektive versucht deshalb mittels einer systematischen Recherche, möglichst alle Angriffe zu erfassen, bei denen Anzeichen für eine rechtsextreme Tatmotivation bestehen, sowie die Namen der Betroffenen zu ermitteln.

Kontaktaufnahme

In der Regel wird nach einem postalischen Hilfsangebot ein Erstkontakt mit dem Opfer hergestellt. Dieser wird häufig durch lokale Kooperationspartner vermittelt. Ein breites Netzwerk von Partnern ist auch deshalb wichtig, weil Behörden aus datenschutzrechtlichen Gründen den Namen eines Opfers nicht weitergeben dürfen.

Opferberatung

Die Opferperspektive bietet eine aufsuchende Beratung auf der Grundlage von Freiwilligkeit, Vertraulichkeit und Anonymität. Das Beratungsangebot ist unentgeltlich und niedrig schwellig. Es umfasst psychosoziale Beratung, psychologische Krisenintervention und die Vermittlung psychotherapeutischer Unterstützung, Recherchen zum Grad der weiteren Bedrohung, rechtliche Hinweise und

die Vermittlung juristischer Unterstützung, eine Begleitung und Unterstützung im Rahmen von Straf- und Zivilverfahren sowie Hilfe bei der Beantragung von Entschädigungsleistungen.

Beratung von Betroffenenengruppen

Rechtsextreme Straf- und Gewalttaten richten sich in der Regel gegen Einzelne. Diese werden oft deshalb angegriffen, weil sie von den TäterInnen einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe zugeordnet werden. Eine solche Gewalttat kann sich auf andere potenziell betroffene Angehörige dieser Gruppe auswirken. Die Opferperspektive berät deshalb neben Angehörigen und ZeugInnen auch Gruppen potenziell Betroffener.

Lokale Intervention

Mit einem Opfer kann die Entscheidung getroffen werden, durch Gespräche und Öffentlichkeitsarbeit das soziale Umfeld für die Situation des Opfers oder einer Betroffenenengruppe zu sensibilisieren. Das Ziel einer lokalen Intervention ist es, Solidarisierungsprozesse mit den Opfern auszulösen und zu fördern. Diese können auch präventive Wirkung entfalten, indem RechtsextremistInnen signalisiert wird, dass sie in der Kommune keine Unterstützung erwarten können.

Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation

Die Opferperspektive informiert die Öffentlichkeit über die Lage von Opfern rechtsextremer Gewalt. Auf ihrer Website werden eine Chronologie rechtsextremer Angriffe geführt sowie Pressemitteilungen zu Strafprozessen gegen rechtsextreme TäterInnen veröffentlicht. Die Veröffentlichungen sollen vor allem die Wahrnehmung der Sichtweisen der Opfer fördern.

Opferperspektive e.V.

Rechtsextreme Gewalt trifft in der Regel Menschen, die als Angehörige gesellschaftlicher Minderheiten bereits unter Diskriminierung leiden. Die TäterInnen sehen sich durch die Verbreitung rechtsextremer Ideologiefragmente in verschiedenen soziokulturellen Milieus und politischen Diskursen hinreichend legitimiert, als „Vollstrecker des Volksempfindens“ gegen diese Minderheiten aufzutreten.

Die Opferperspektive wurde 1998 gegründet, um den Menschen in Brandenburg, die von RechtsextremistInnen angegriffen werden, zu helfen und ihren gesellschaftlichen Interessen Geltung zu verschaffen. Die Opferperspektive thematisiert die Gewalt aus der Sicht der Opfer und sucht die Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen Kontext rechtsextremer Angriffe.

Die Opferperspektive baute die erste Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt in Deutschland auf. Seit 2001 fungiert der Verein als Koordinator der Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer Gewalt, die mit einer Förderung des Bundesprogramms CIVITAS in Berlin und den ostdeutschen Bundesländern aufgebaut wurden. Die Pionierarbeit der Opferperspektive wurde 2000 mit dem Preis der Internationalen Liga für Menschenrechte und 2003 mit dem Preis „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ gewürdigt.

Die Opferperspektive ist Mitglied des Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, der Arbeitsgemeinschaft der Beratungsprojekte für Opfer von rassistischer, rechtsextremistischer und antisemitischer Gewalt (agOra), des Arbeitskreises der Opferhilfen (ado) sowie des Netzwerkes für Opfer rechtsextremer Gewalt Brandenburg (NORG).

Beratungsstatistik 2003

Im Jahr 2003 hat das Team der Opferperspektive 116 Recherchen zur Identifizierung von Opfern rechtsextremer Gewalttaten durchgeführt. Insgesamt wurden 200 Personen beraten. 160 Männer und 15 Frauen waren unmittelbar Opfer rechtsextremer Gewalttaten, bei 25 Personen handelte es sich um FreundInnen und Familienangehörige von Gewaltopfern sowie Menschen, die ZeugInnen von Gewalttaten wurden. In über zwei Drittel der Fälle erwies sich ein langfristiges Beratungsverhältnis als notwendig. In 45 Fällen begleiteten MitarbeiterInnen Betroffene zu Gerichtsverhandlungen, in 26 Fällen wurde eine juristische Vertretung vermittelt. In 57 Fällen nahmen Opfer Hilfe bei der Beantragung von Entschädigungsleistungen in Anspruch. In 44 Fällen entschieden sich die Betroffenen dafür, mit Unterstützung der Opferperspektive die Öffentlichkeit zu informieren. In 22 Fällen führten MitarbeiterInnen der Opferperspektive lokale Interventionen mit dem Ziel durch, über Gespräche mit kommunalen Akteuren die Lage für Opfer rechtsextremer Gewalttaten zu verbessern.

Neue Ideen gegen rechtsextreme Gewalt

Die Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt ist das zentrale Projekt der Opferperspektive. Der Verein führt darüber hinaus weitere Projekte durch, um die Lage der Betroffenen und die Qualität der Beratung zu verbessern, um über Opfer rechtsextremer Gewalt zu informieren und Solidarität mit ihnen zu fördern. Die meisten dieser Vorhaben werden zusammen mit Kooperationspartnern oder Ehrenamtlichen realisiert.



Fortbildung

Beratung für Opfer rechtsextremer Straf- und Gewalttaten

Die Opferperspektive arbeitet im Verbund mit weiteren Beratungsstellen in Berlin und den ostdeutschen Bundesländern. Im Rahmen der vom Bundesprogramm CIVITAS geförderten Projektstrukturen koordiniert die Opferperspektive regelmäßig stattfindende Fortbildungsseminare für BeraterInnen von Opfer rechtsextremer Gewalt. Außerdem koordiniert die Opferperspektive einen überregionalen Arbeitskreis zur Weiterentwicklung von Qualitätsstandards der Beratungsarbeit. Im Dezember 2003 wurde von der Koordinationsstelle die Broschüre „beraten – informieren – intervenieren“ herausgegeben, in der das gemeinsame Profil der Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer Gewalt beschrieben wird.

Fortbildung

Kommunale Hilfe für Opfer

Die Opferperspektive bietet zusammen mit dem Verein Opferhilfe Brandenburg für MitarbeiterInnen von Verwaltungen, Kommunen und Bürgerinitiativen Fortbildungsveranstaltungen an. Bei den eintägigen Workshops werden die sozialen und psychologischen Folgen rechtsextremer Gewalt erläutert und Möglichkeiten aufgezeigt, wie Behörden und BürgerInnen die Opfer wirksam unterstützen können. Veranstaltungen fanden auf Einladung der Stadtverwaltungen bereits in Ludwigsfelde und Eberswalde statt, weitere Seminare sind in Neuruppin, Frankfurt (Oder) und Wittstock geplant. Die Opferperspektive will vor allem die MitarbeiterInnen kommunaler Verwaltungen sensibilisieren und als AnsprechpartnerInnen gewinnen.

Jugendbildung

„Bleib kein Opfer!“

Um Jugendliche und SchülerInnen zu unterstützen, die sich der vielerorts dominanten rechtsorientierten Jugendkultur widersetzen, bietet die Opferperspektive Veranstaltungen und Workshops in Brandenburger Jugendclubs an. In Kooperation mit lokalen Jugendgruppen werden Möglichkeiten vorgestellt und diskutiert, wie Hilflosigkeit überwunden und Einschüchterungen begegnet werden kann. Wichtige Themen, die dabei regelmäßig zur Sprache kommen, sind das Für und Wider von Anzeigen bei der Polizei nach rechtsextremen Angriffen sowie verschiedene Strategien, die Verantwortlichen in der Schule und der Kommune in die Pflicht zu nehmen, die Gewalt gegen Jugendliche ernst zu nehmen.

Studie

Brandanschläge auf ausländische Imbisse

Gemeinsam mit dem Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und der Antidiskriminierungsstelle bei der Landesausländerbeauftragten führt die Opferperspektive im Jahr 2004 eine Untersuchung zur Lage von ausländischen Imbissen in Brandenburg durch. In einer qualitativen Kurzstudie werden die Problemlagen von Imbissen, die zum Ziel rassistischer Anschläge wurden, systematisch dargestellt. Das Ziel ist es, Handlungsoptionen für eine bessere Unterstützung der Betroffenen durch Beratungsstellen, Verbände, Politik und Wirtschaft sowie Möglichkeiten zur Prävention von Anschlägen herauszuarbeiten. Die Ergebnisse werden der Öffentlichkeit Ende 2004 vorgestellt. Außerdem werden Falblätter in verschiedenen Sprachen erstellt, in denen Betroffene und potenziell Betroffene auf Beratungs- und Hilfsangebote hingewiesen werden.

Internetplattform
www.opferperspektive.de

Die Opferperspektive bietet seit dem Jahr 2000 auf der Website www.opferperspektive.de eine fortlaufende und beständig aktualisierte Chronologie rechtsextremer Gewalttaten in Brandenburg. Fast wöchentlich veröffentlicht der Verein zusätzlich Stellungnahmen und Pressemitteilungen zu Fällen rechtsextremer Gewalt. Bislang stehen den Betroffenen, ehrenamtlich Engagierten und der breiten Öffentlichkeit viele Informationen, die der Verein im Laufe seiner Arbeit gewonnen hat, nicht im Internet zur Verfügung. Daher plant die Opferperspektive für das Jahr 2004, ihre Website zu einer Internetplattform über rechtsextreme Gewalt und Hilfe für die Opfer auszubauen. Zugleich soll der Internetauftritt barrierefrei und mehrsprachig gestaltet werden.

Ausstellung
„Deutschkunde“ – Karikaturen gegen rechte Gewalt

Berndt A. Skott unterstützt seit vielen Jahren den Düsseldorfer Obdachlosenhilfverein fiftyfifty. Durch die Meldungen über rechte Übergriffe aufgeschreckt, brachte der Karikaturist zusammen mit fiftyfifty den Band „Deutschkunde“ heraus, für den 81 bekannte ZeichnerInnen ihre Karikaturen zur Verfügung stellten. Den Erlös der ersten Auflage spendeten sie an die Opferperspektive. Diese Initiative wird jetzt weitergeführt: Der Jugendverein Utopia aus Frankfurt (Oder) hat mit Unterstützung der Opferperspektive und fiftyfifty eine Wanderausstellung erstellt, die bundesweit an Schulen und in Jugendclubs gezeigt wird. Die Berliner Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule steuerte ein Methodenheft für LehrerInnen bei, die mit den Karikaturen im Unterricht arbeiten wollen.

Ausstellung
„Opfer rechter Gewalt in Deutschland seit 1990“

Die Ausstellung der Berliner Künstlerin Rebecca Forner zeigt Porträts von 128 Menschen, die seit 1990 rechten GewalttäterInnen zum Opfer fielen. In wenigen Zeilen unter jedem Foto erfährt man den Namen des Opfers, die Umstände des Todes, manchmal das Alter und die Herkunft – mehr nicht. Viele Tafeln weisen statt Fotos nur graue Flächen auf. Rebecca Forner hat lange recherchiert. Sie verwendet aber nur öffentliches Material, weil sie das Bild dokumentieren will, das sich Deutschland von den Opfern gemacht hat. Erstmals gezeigt wurde die Ausstellung im Mai 2002 auf dem Gelände der Topographie des Terrors in Berlin. Weitere Stationen waren unter anderen die Begegnungsstätte Alte Synagoge in Wuppertal und das Kultur- und Dokumentationszentrum Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg. Ab 2004 wird die Ausstellung in Trägerschaft der Opferperspektive betreut und bundesweit verliehen.

Ermutigende Unterstützung

Eine demokratische Gesellschaft zeichnet sich dadurch aus, dass auch die Schwachen eine Stimme haben. Durch öffentliche Fördermittel ist die Opferperspektive in der Lage, Opfern rechtsextremer Gewalt eine professionelle Beratung anzubieten, die ihren Interessen Gehör verschafft – auch und gerade bei staatlichen Institutionen. Die Unterstützung zahlreicher SpenderrInnen ermutigt in Zeiten abnehmender Aufmerksamkeit und stärkt die Unabhängigkeit, die Grundlage für die langfristige Hilfe ist, die Opfer rechtsextremer Gewalt brauchen.



Finanzbericht 2003

Opfern rechtsextremer Gewalt wirksam zu helfen, verlangt Empathie und Engagement, psychologische und politische Kompetenz, nicht zuletzt psychische Stabilität. Für ein Team von sieben landesweit tätigen BeraterInnen sowie regelmäßige Fortbildungen gibt der Verein 70,4 % seiner Gelder aus. Auf den Unterhalt von Büros und Autos, Übersetzerhonorare sowie Verwaltungskosten und alles, was für die Beratung nötig ist, entfallen 13,9 %, auf die Öffentlichkeitsarbeit 4,7 % und auf die Bildungsarbeit 5,7 % aller Ausgaben.

In Zeiten abnehmender Aufmerksamkeit für Opfer rechtsextremer Gewalt ist es besonders ermutigend, dass mehr Menschen sich entschließen, durch eine regelmäßige Spende diese wichtige Arbeit zu unterstützen. Erstmals seit drei Jahren stiegen die Spenden für die Arbeit der Opferperspektive 2003 wieder an.

Zwei Mal bat die Opferperspektive 2003 um Hilfe für Opfer in besonderen Notlagen. Die zahlreichen Spenden zeigten den von Brandanschlägen betroffenen Familien, dass sie nicht allein gelassen werden. Durch Soforthilfen konnte die akute Not gelindert werden. Da diese Spenden teilweise auf Konten von Gemeinden gesammelt wurden oder erst 2004 zu Buche schlagen, weist die Jahresbilanz einen Rückgang des absoluten Spendenvolumens aus.

Eine viel versprechende Entwicklung ist, dass RichterInnen und StaatsanwältInnen die Opferperspektive vermehrt bei Bußgeldauflagen bedenken. In Zukunft werden Geldauflagen in Strafverfahren spürbar dazu beitragen, dass Opfern rechtsextremer Gewaltstraftaten Hilfe zuteil wird.

Eine besondere Würdigung erfuhr die Opferperspektive 2003 durch die Auszeichnung „Aktiv für De-

mokratie und Toleranz“. Der mit 5.000 Euro dotierte Preis wurde vom brandenburgischen Ministerpräsidenten Matthias Platzeck im Namen des Bündnisses für Demokratie und Toleranz im April 2004 überreicht.

Die Beratung für Opfer rechtsextremer Straf- und Gewalttaten und die Koordination der Fortbildung von Opferberatungsstellen in Berlin und den neuen Bundesländern wurden 2003 wie in den vergangenen Jahren durch Fördermittel des Bundesprogramms CIVITAS ermöglicht.

Die CIVITAS-Förderung soll bis 2006 fortgesetzt werden, allerdings ist die Opferperspektive verpflichtet, einen wachsenden Anteil durch Eigen- und Drittmittel zu ersetzen. Auf Grund dieser Unsicherheit sah sich der Verein im Herbst 2003 kurzfristig genötigt, allen MitarbeiterInnen vorsorglich zu kündigen. Glücklicherweise konnte das Ministerium der Justiz und für Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg dafür gewonnen werden, die Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt durch eine Kofinanzierung im Jahr 2004 abzusichern. Auch das Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung und das EU-Aktionsprogramm Jugend werden durch Projektförderungen dazu einen Beitrag leisten.

Um Opfern rechtsextremer Gewalt weiterhin die bestmögliche Hilfe anbieten zu können, bleibt die öffentliche Förderung unverzichtbar. Um die finanzielle Abhängigkeit von staatlichen Mitteln zu verringern und die Unabhängigkeit zu stärken, die Voraussetzung einer wirksamen Interessenvertretung der Opfer ist, braucht die Opferperspektive in Zukunft noch stärker die Unterstützung von SpenderInnen.

Ihre Spende kommt an

Viele Menschen sind nicht bereit, in einer Gesellschaft zu leben, in der Gleichgültigkeit die Regel und Solidarität die Ausnahme ist. Den Opfern rechtsextremer Gewalt die bestmögliche Hilfe zuteil werden zu lassen, dafür arbeitet die Opferperspektive. Den Menschen, die mit ihrer Spende zeigen, dass sie Anteil am Schicksal der Opfer nehmen und ihnen helfen wollen, fühlt sich die Opferperspektive in besonderer Weise verpflichtet.

Jede Spende an die Opferperspektive wird dafür eingesetzt, Opfern rechtsextremer Gewalt zu helfen. Damit SpenderInnen die Sicherheit haben, dass ihre Hilfe ankommt, ist Transparenz – nicht nur in finanziellen Fragen – wichtig. Deshalb informiert die Opferperspektive sie durch einen Newsletter und einen Jahresbericht ausführlich über die Arbeit des Vereins und die Verwendung von Spenden.

Die Opferperspektive ist ein eingetragener Verein mit Sitz in Potsdam. Das Finanzamt Potsdam hat den Verein von der Körperschaftsteuer befreit, weil er ausschließlich den gemeinnützigen Zwecken der Förderung der Jugendhilfe, Kriminalitätsprävention und der Hilfe für Opfer von Straftaten dient.

Die Jahresabschlüsse werden regelmäßig vom Finanzamt Potsdam und zusätzlich von unabhängigen WirtschaftsprüferInnen kontrolliert – bislang ohne jede Beanstandung. Als Mitglied des Deutschen Spendenrates hat sich die Opferperspektive darüber hinaus den Standards einer ethischen Spendenwerbung, sparsamen Mittelverwendung, des Datenschutzes und einer transparenten Buchhaltung verpflichtet.

Ihre Spende kommt an.

Einnahmen 2003

Zuwendungen	307.536,82	92,4 %
Spenden	15.310,88	4,6 %
Bußgelder	1.416,42	0,4 %
Sonstige Einnahmen	3.402,56	1,0 %
Opferhilfen	5.285,36	1,6 %
Gesamt	332.952,04	100,0 %

Ausgaben 2003

Personal	228.920,06	67,1 %
Fortbildung	11.266,12	3,3 %
Projektaufwendungen	47.324,53	13,9 %
Bildungsarbeit	19.320,41	5,7 %
Öffentlichkeitsarbeit	16.171,30	4,7 %
Opferhilfen und Spenden	6.546,64	1,9 %
Sonstige Ausgaben	11.688,77	3,4 %
Gesamt	341.237,83	100,0 %

Wie Sie helfen können

Opferperspektive e.V.

Schloßstraße 1
14467 Potsdam
Telefon: 0331 8170000
Mobil: 0171 1935669
Telefax: 01212 5 11559889
Email: info@opferperspektive.de

Spendenkonto

Konto: 3 502 023 041
Mittelbrandenburgische Sparkasse Potsdam
BLZ: 160 500 00

Woche für Woche werden Menschen geschlagen und verletzt, weil sie nicht in das Weltbild der RechtsextremistInnen passen. Die Gewalt trifft vor allem die Schwächsten in der Gesellschaft: Flüchtlinge, Jugendliche, Obdachlose. Sie trifft auch die Mutigsten, jene, die laut und deutlich Nein sagen und sich brutalen SchlägerInnen in den Weg stellen.

Die Opfer dieser Gewalt dürfen mit ihren Verletzungen und Problemen nicht allein gelassen werden; um ihnen die Anteilnahme und Solidarität der Gesellschaft zuteil werden zu lassen, ruft die Opferperspektive zu Spendensammlungen auf. Mit Ihrer Spende können Sie einem Menschen, der durch brutale Gewalt in eine Notlage gestürzt wurde, helfen. Und sie können – das ist ebenso wichtig – ein Zeichen der Solidarität setzen in einer Welt, die die Opfer oft genug als feindselig erleben.

Mit dem Engagement und der Erfahrung ihrer MitarbeiterInnen kann und will die Opferperspektive dafür Sorge tragen, dass die Opfer rechtsextremer Gewalt die bestmögliche medizinische, psychologische, rechtliche und politische Unterstützung erhalten. Indem Sie die Opferperspektive regelmäßig fördern oder durch eine Spende unterstützen, können Sie dafür einen Beitrag leisten.

Wenn Sie mehr darüber erfahren wollen, wie Sie die Opferperspektive unterstützen oder einzelnen Opfern helfen können, bestimmte Projekte fördern wollen oder Interesse an einer Fördermitgliedschaft im Verein Opferperspektive haben, wenden Sie sich an uns! Wir senden Ihnen gerne weitere Informationen zu.

Woche für Woche werden Menschen von RechtsextremistInnen gejagt und geschlagen. Opfer rechtsextremer Gewalt dürfen nicht allein gelassen werden. Ihnen die bestmögliche medizinische, psychologische, rechtliche und politische Unterstützung zuteil werden zu lassen – dafür arbeitet die Opferperspektive in Brandenburg seit 1998.



Schloßstraße 1
14467 Potsdam
Telefon: 0331 8170000
Mobil: 0171 1935669
Telefax: 01212 5 11559889
Email: info@opferperspektive.de
Internet: www.opferperspektive.de

Spendenkonto: 3 502 023 041
Mittelbrandenburgische Sparkasse Potsdam
BLZ 160 500 00